

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 8. Juni 2011

647. Schriftliche Anfrage von Bernhard Piller betreffend Bezug von Uranbrennmaterial durch das Atomkraftwerk Gösgen aus dem russischen Majak. Am 2. März 2011 reichte Gemeinderat Bernhard Piller (Grüne) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2011/59, ein:

Betreffend des Bezugs von Uranbrennmaterial durch das Atomkraftwerk Gösgen aus der russischen kerntechnischen Anlage in Majak und der Verantwortung der Stadt Zürich als Mitaktionärin des AKW Gösgen.

In der Sendung «Rundschau» des Schweizer Fernsehens vom 8. September 2010 hat die Geschäftsleitung der Axpo zugegeben, dass die beiden Atomkraftwerke Beznau und Gösgen Brennmaterial aus der kerntechnischen Anlage Majak in Russland beziehen.

In Majak wird Uran wiederaufgearbeitet, welches für die spätere Produktion von Brennelementen für Schweizer Kunden (AKW Beznau und Gösgen) verwendet wird. Majak gilt neben Tschernobyl als verstrahltester Ort der Welt. Das Gebiet wurde nach der Explosion eines Tanks mit hochradioaktivem Plutonium in den Fünfzigerjahren hohen Radioaktivitätsmengen ausgesetzt. Heute noch werden im laufenden Betrieb radioaktive Abwässer direkt in die Gewässer der Region geleitet. Diese dienen für die ansässige Bevölkerung als Lebensgrundlage (Trinkwasser, Fischerei). Die Folgen der wiederholten Kontamination und der fehlenden Sanierung sind verheerend: Die Krebsrate ist überdurchschnittlich hoch, ebenso die Zahl der Fehlgeburten. Viele Kinder kommen mit genetischen Schäden und zum Teil schwersten Behinderungen zur Welt. Die Stadt Zürich ist Mitaktionärin des AKW Gösgen. Wer in der Lieferantenkette einen Betrieb wie die Majak-Anlage als Geschäftspartner führt, trägt eine Mitverantwortung für das Elend in dieser Region.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Stadtrat gewillt, von der Führung des AKW Gösgen eine umfassende Information über die Problemlage in Majak (gesundheitliche, ökologische und Sicherheitsaspekte) zu verlangen und diese Informationen zu veröffentlichen?
2. Ist für den Stadtrat der Bezug von Brennmaterial aus Majak aus Menschenrechtsüberlegungen und aus Umweltsicht akzeptabel? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wenn nein, ist der Stadtrat gewillt, sich für eine fristlose Auflösung der Verträge mit den russischen Lieferanten einzusetzen?
3. Welche Haftungs- und menschenrechtlichen Verantwortungen ergeben sich aus dem Bezug der Brennelemente für die Stadt Zürich? Inwiefern könnte die Stadt Zürich als Mitaktionärin des AKW Gösgen davon betroffen sein?
4. Wird sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass das AKW Gösgen zur sofortigen und langfristigen Verantwortungsübernahme für die Schäden an Bevölkerung und Umwelt in Majak Massnahmen ergreift?
5. Ist der Stadtrat bereit, ab jetzt eindeutige und vollständige Angaben zur Herkunft des Brennmaterials im AKW Gösgen zu verlangen, und diese Angaben öffentlich zu machen?
6. Findet es der Stadtrat akzeptabel, dass die ewz-KundInnen mit Strom beliefert werden, dessen Produktion massive gesundheitliche und ökologische Schäden verursacht?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Einleitung

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Nutzung der Kernenergie zur Stromproduktion seit Jahrzehnten ein gesellschaftspolitisches Spannungsfeld darstellt und es auch weiterhin bleiben wird. Die Stadt Zürich hat bereits vor zwei Jahren wichtige energiepolitische Weichen gestellt: Am 30. November 2008 haben die Stimmberechtigten mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 76 Prozent beschlossen, die Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung festzuschreiben. Sie haben weiter entschieden, dass sich die Stadt Zürich an keinen neuen Kernenergieanlagen beteiligen oder Bezugsrechte aus solchen Anlagen erwerben soll. Damit wurde ein klares Zeichen für eine nachhaltige Energiepolitik gesetzt.

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) ist damit beauftragt, den Anteil der erneuerbaren Energien in seinem Produktionsportfolio zu erhöhen. Die Förderung der erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz sind notwendige Voraussetzungen dafür, dass mittel- und langfristig auf Kernenergie verzichtet werden kann. Bis dies so weit ist, wird sich der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten und unter Wahrnehmung der bestehenden Verpflichtungen für einen sicheren Betrieb der Kernkraftwerke einsetzen, von denen das ewz Energie bezieht.

Gemäss Information der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) bezieht sie ihre Brennelemente zurzeit von der Firma AREVA NP in Erlangen. AREVA ihrerseits bezieht die Brennelemente von der russischen Firma MSZ in Elektrostal. MSZ beliefert weltweit rund 40 Kernkraftwerke. Sie produziert nach internationalen und von AREVA überprüften Sicherheits- und Qualitätsstandards. Auch das Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) überprüft die sicherheitstechnische Qualität der Produktion laufend.¹

Das Material für die Brennelemente für MSZ Elektrostal stammt aus zwei Quellen: Einerseits aus La Hague und Sellafield, wo u. a. Brennelemente aus der KKG wiederaufgearbeitet werden. Andererseits aus russischen Beständen aus militärischer und anderer Herkunft (U-Boot-Reaktoren, Forschungsreaktoren, Brüter). Der russische Teil des aufbereiteten Materials stammt aus den kerntechnischen Anlagen in Elektrostal (etwa 70 Prozent), Seversk (etwa 20 Prozent) und Majak (etwa 10 Prozent). Die Anlagen in Elektrostal und Seversk sind umweltzertifiziert (ISO 14001). Majak ist noch nicht ISO-14001-zertifiziert.¹

Das Chemiekombinat Majak mit seinen kerntechnischen Anlagen liegt im südlichen Ural, rund 1500 km östlich von Moskau. Laut öffentlich zugänglichen Quellen im Internet wurde 1948 in Majak ein erster Reaktor zur Gewinnung von Plutonium für die Produktion von Kernwaffen in Betrieb genommen. Innerhalb von wenigen Jahren wurden in Majak weitere Uran-Grafit- und später Schwerwasser-Reaktoren in Betrieb genommen. Von den insgesamt zehn Reaktoren sind heute noch zwei in Betrieb.²

Seit 1977 werden in Majak Brennelemente zur zivilen Verwendung wiederaufbereitet. Dies ist heute, neben Produktion von radioaktiven Isotopen für die Verwendung in Medizin, Industrie und Landwirtschaft, das Haupttätigkeitsfeld von Majak. Vor allem in den ersten Betriebsjahren wurden teils grosse Mengen an radioaktivem Material freigesetzt. Am 29. September 1957 wurden bei einer chemischen, nichtnuklearen Explosion radioaktive Stoffe über einen Bereich von 20 000 m² verteilt.² Dieser Unfall gilt nach Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) als der drittschwerste Nuklearunfall der Geschichte. Durch die Lagerung und Entsorgung von radioaktiven und chemischen Stoffen sind das Industrieareal und die Umgebung von Majak radioaktiv sehr stark belastet.

Heute wird die Anlage in Majak im Einklang mit russischen und internationalen Standards betrieben. Dabei orientieren sich die russischen Vorgaben an den internationalen Anforderungen der IAEA und der EU.¹ Es scheint aktuell aber nach wie vor Unsicherheiten zu geben, ob die starke radioaktive Belastung der Umgebung von Majak ausschliesslich mit der Nutzung der Anlagen und von Zwischenfällen in der Vergangenheit zusammenhängt oder ob sie auch aus jetzigen Wiederaufbereitungsprozessen stammt. Diese Frage ist Gegenstand von Abklärungen.³

Aus heutiger Sicht ist der Betrieb in den Anfangsjahren der Anlagen in Majak ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt unbegreiflich. Jedoch sind weder die KKG noch die Stadt Zürich für diese Umweltschäden verantwortlich. Eine andere Frage ist, ob es moralisch vertretbar ist, wenn Brennelemente teilweise auch mit aufbereitetem Brennmateriale aus Majak hergestellt werden. Der Verwaltungsrat der KKG war beim

¹ Information der KKG vom 19. April 2011

² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Kerntechnische_Anlage_Majak; zuletzt besucht am 11. Mai 2011.

³ NZZ vom 27. Januar 2011.

Abschluss der Verträge mit AREVA der Auffassung, dass die Verwendung von Brennstoffmaterial aus russischen Beständen dazu führt, dass nukleare Stoffe aus weitgehend unkontrollierten militärischen Anlagen und Lagerstätten in den streng kontrollierten zivilen Kreislauf überführt werden können. Ausserdem scheint es, dass das mit internationaler Unterstützung eingeleitete Sanierungsprogramm zur Eingrenzung und Beseitigung der Auswirkungen früherer Aktivitäten und Unfälle bereits zu einer deutlichen Reduktion der Umweltbelastung, auch aus dem aktuellen Betrieb der Anlage, geführt hat. Es ist das erklärte Ziel der Betreiber, die Anlagen und Prozesse mit zunehmender Betriebserfahrung und technischer Weiterentwicklung laufend zu verbessern und die Umweltbelastung weiter zu reduzieren.¹

Das ewz hat die Antworten auf die Fragen aufgrund von öffentlich zugänglichen Informationen und aufgrund von Auskünften von Mitarbeitenden der KKG nach bestem Wissen und Gewissen verfasst. Weder der Stadtrat noch Mitarbeitende des ewz kennen aus eigener Anschauung die Verhältnisse in Majak, noch haben sie Informationen aus erster Hand. Die obenstehenden Ausführungen sowie die untenstehenden Antworten stehen deshalb unter diesem Vorbehalt.

Zu Frage 1: Der Stadtrat ist im Rahmen seiner Möglichkeiten gewillt, unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Vorstösse zu unterstützen, welche eine grösstmögliche Transparenz bezüglich der Herkunft eingesetzter bzw. beschaffter Brennstäbe zum Ziel haben. Es ist jedoch anzumerken, dass dies – ebenso wie die Information der Öffentlichkeit – in erster Linie in den Aufgabenbereich des KKG und der zuständigen Bundesbehörden fällt.

Zu Frage 2: Nach dem heutigen Stand der Kenntnisse ist der Bezug von Brennstoffmaterial aus Majak für den Stadtrat akzeptabel, weil der Bezug von Brennstoffmaterial aus Majak dazu führt, dass weitgehend unkontrollierte nukleare Brennstoffe aus militärischen Anlagen und Lagerstätten in den streng kontrollierten zivilen Kreislauf überführt werden können und dass damit die Sanierung der Umwelt und die Verbesserung des Betriebs in Majak aktiv unterstützt wird. Das ewz wird sich bei der KKG dafür verwenden, dass es laufend über die Herkunft des zum Einsatz gelangenden Brennstoffes informiert wird. Sollte sich dabei herausstellen, dass die radioaktive Verseuchung in Majak aus aktuellen Wiederaufbereitungsprozessen stammt, die auch die KKG nutzt, dann würde sich der Stadtrat im Verwaltungsrat der KKG dafür einsetzen, dass kein Brennstoffmaterial mehr aus Majak bezogen wird. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Stadt Zürich an der KKG nur mit 15 Prozent beteiligt ist und einen solchen Entscheid im Verwaltungsrat nicht alleine durchsetzen kann.

Zu den Fragen 3 und 4: Weder das KKG noch die Stadt Zürich sind in irgendeiner Weise haftbar oder verantwortlich für die Umweltschäden in Majak. Im Übrigen wird auf die Ausführungen in der Einleitung und zu Frage 2 verwiesen.

Zu Frage 5: Es kann verwiesen werden auf die Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 6: Kundinnen und Kunden im Absatzgebiet des ewz können selbst bestimmen, welche Stromqualität sie beziehen wollen. Das ewz setzt sich aktiv für den Ausbau der erneuerbaren Energie in seinem Produkteportfolio und die Förderung der Energieeffizienz ein. Damit leistet das ewz einen wichtigen Beitrag an das angestrebte Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy